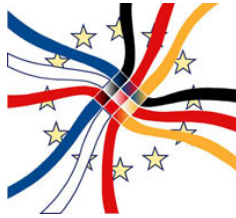


15. Deutsch-Französischer Dialog
16. und 17. Mai 2013
in der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO)



Konzept und inhaltliche Ausrichtung

Ein föderales Europa?
Solidarität – Subsidiarität – Demokratie

Die Europäische Union befindet sich nach wie vor in schwerem Fahrwasser. Drei Jahre nach Beginn der Krise des Euroraums werden in zunehmendem Maße auch Risse im deutsch-französischen Verhältnis sichtbar. Zum einen scheint das verstärkte Eintreten für die jeweiligen Eigeninteressen die beiden Nachbarn zu entfremden. Es werden aber im Hinblick auf das europäische Integrationsprojekt auch verstärkt die teilweise sehr unterschiedlichen Grundverständnisse und Zielvorstellungen deutlich, die bei den politisch Verantwortlichen und bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und Frankreich vorherrschen. Umso wichtiger erscheint es uns, den Dialog und den Austausch zwischen den beiden Ländern zu pflegen und zu ermöglichen.

Der 15. Deutsch-Französische Dialog orientiert sich dabei im Rahmen von zwei Podiumsdiskussionen und von vier Arbeitsgruppen an folgenden Leitfragen:

- Brauchen wir ein föderaler strukturiertes Europa?
- Wie sollte die institutionelle Struktur in einer immer größeren und komplexeren EU ausgestaltet werden?
- Wie könnte ein europäischer Raum der Solidarität aussehen?
- Wie kann der Schritt zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit gelingen?
- Welche Rolle sollen und können die Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene konkret spielen?

Arbeitsgruppe 1: *Politische Union: Reform der Unionsarchitektur*

Mit dem Vertrag von Lissabon fand ein achtjähriger Reformprozess des politischen Systems der EU seinen Abschluss. Zentrale Innovationen des Verfassungsvertrages, die die europäische Governance auf eine bessere institutionelle Basis stellen, sind im Vertrag von Lissabon erhalten geblieben, auch wenn der symbolische Gehalt des Vertrages reduziert wurde. Nachdem das Verfassungsprojekt an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden vorerst gescheitert war, sollte der Reformvertrag Europa dazu befähigen, die dem Integrationsprojekt gegenüber zunehmend skeptischer eingestellten Bürger/innen wieder für die EU zu gewinnen.

Jedoch hat die globale Finanzkrise mit der ihr folgenden wirtschafts-, haushalts- und finanzpolitischen Krise in Europa die Agenda umgeschrieben. Im Rahmen der Krise sind dabei zwei Tendenzen deutlich zu Tage getreten:

(1) Die Defizite im europäischen Primärrecht wurden schonungslos offen gelegt. Auch wenn mit dem Vertrag von Lissabon in vielen Bereichen große Fortschritte erreicht wurden, so blieb die Wirtschafts- und Währungsunion beim Konvent zur Zukunft der EU nahezu ausgeklammert.

(2) Die Neuerungen des Vertrags von Lissabon, insbesondere die Stärkung des Europäischen Rates, haben im Zusammenspiel mit der dominanten Rolle Deutschlands im Krisenmanagement zu einer Verschiebung der Machtbalance im politischen System der Union geführt. Trotz der primärrechtlichen Stärkung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zeigen sich eine Tendenz der Intergouvernementalisierung und ein Verlust an Einfluss der beiden supranationalen Organe.

Zuerst stellt sich jedoch die viel drängendere Frage nach dem Reformweg der beschritten werden soll. Der Vertrag von Lissabon hat das Konventsverfahren zum ordentlichen Änderungsverfahren erhoben. Mit Blick auf das Scheitern der Referenden in Frankreich, den Niederlanden und zuletzt in Irland stellt sich die Frage, ob die EU überhaupt für einen neuen Konvent¹ bereit ist. Dies wirft die Frage nach den Alternativen zu einer „großen“ Vertragsänderung inner- und außerhalb des europäischen Primärrechts auf. Aber auch der Weg über die differenzierte Integration führt langfristig nicht mehr zwingend in eine ‚EU-27‘. Hier besteht ebenfalls die Gefahr, dass das Voranschreiten einer Avantgarde in Wirklichkeit den Keim der Spaltung in sich trägt.

In diesem Kontext sollen die folgenden konkreten Fragen diskutiert werden:

- Ist Europa bereit für einen neuen Konvent? Hätte ein Ratifikationsprozess Aussicht auf Erfolg?
- Würde ein neuer Konvent die Büchse der Pandora öffnen und statt Reformen über die Renationalisierung von Kompetenzen verhandeln?
- Ist differenzierte Integration ein Ausweg oder führt sie zu einer dauerhaften Zersplitterung der Union?

¹ Dem Thema, wie ein solcher Konvent ausgestaltet werden könnte, wird sich die Arbeitsgruppe 4 des DFD 2013 widmen.

Die notwendigen Reformen im Bereich der wirtschaftspolitischen Governance stehen im Spannungsfeld zwischen der nationalen Verantwortung jeder einzelnen Regierung für eine solide nationale Haushaltsführung und der Solidarität unter den Mitgliedstaaten in Zeiten der Krise. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sind die Grenzen einer sinnvollen Sparpolitik und die Notwendigkeiten neuer Impulse zur Stärkung der europäischen Wirtschaft zu diskutieren. Diese Fragen haben weitreichende Auswirkungen, wie die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der Union und die sozialen Folgen der drastischen Sparpolitik zeigen.² Konkret sollen dazu die folgenden Fragen diskutiert werden:

- Sind der Fiskalpakt (nationale Schuldenbremsen) oder eine supranationale Kontrolle (europäischer Finanzminister und Finanzministerium) der bessere Garant für eine nachhaltige Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten?
- Wie viel Solidarität ist in der EU notwendig und wie viel sind die sogenannten Netto-Zahler bereit zu geben?
- Kann eine europäische Wirtschaftsregierung europäische und nationale Wirtschaftspolitiken sinnvoll abstimmen?
- Wie müssen die Regulierung der Finanzmärkte und die Bankenaufsicht ausgestaltet werden?

In dem Maße in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten an Bedeutung in der aktuellen Krisenpolitik gewonnen haben, blicken immer mehr politische Akteure und auch Wissenschaftler auf die nationalen Parlamente als Legitimatoren ‚of last resort‘ in der europäischen Politik. Seit Verleihung neuer Mitwirkungsrechte an die nationalen Parlamente durch den Vertrag von Lissabon setzen die nationalen Parlamente vermehrt auf eine engere Kooperation, um Einfluss in der EU-Politik zu gewinnen. Dabei erhielten sie bisher kaum Gestaltungsmöglichkeiten in der europäischen Politik, sondern können nur als Notbremsen gegen weitere Integrationsfortschritte fungieren. Ob weitere Vetospieler im europäischen Rechtsetzungsprozess jedoch zu einer klareren Zuordnung von Verantwortlichkeiten beitragen, ist zweifelhaft. Eine weitere Parlamentarisierung der EU würde klare Verantwortlichkeiten schaffen. Angesichts der Zunahme von Modellen differenzierter Integration ist jedoch auch das Europäische Parlament mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Konkret sollen dazu die folgenden Fragen diskutiert werden:

- Sind das Europäische Parlament oder die nationalen Parlamente besser geeignet, den Fiskalpakt und die Bankenunion parlamentarisch zu kontrollieren?
- Stellen Modelle der differenzierten Integration die Integrität des Europäischen Parlaments infrage? Benötigen wir ein Eurozonen-Parlament?
- Können nationale Parlamente in der europäischen Politik mehr als eine Notbremse sein?
- Ist die Vernetzung der europäischen Parlamente ein Beitrag zur Stärkung der Legitimität der EU oder eine Gefahr für ihre Transparenz?
- Sind klare Verantwortlichkeiten und starke Kompetenzen der supranationalen Organe der Ausweg aus der Legitimitätskrise?

² Dem Thema „Soziales Europa“ wird sich die Arbeitsgruppe 2 des DFD 2013 widmen.

Arbeitsgruppe 2: *Welches Sozialmodell für Europa?*

Jacques Delors hat in den 1990er Jahren die Prinzipien des Wettbewerbs, der Kooperation und der Solidarität als die drei Grundpfeiler der europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung bezeichnet – und zugleich einen Rückgang des Solidaritätsgedankens beklagt.

Und heute?

Nachdem die Debatten über die Überwindung der Krise der Eurozone lange Zeit von Fragen der Haushaltsstabilität und der Wettbewerbsfähigkeit beherrscht waren, gewinnen Fragen nach sozialem Zusammenhalt und Gerechtigkeit neue Brisanz. Dies gilt auf der nationalen Ebene, wo eine stärkere soziale Balance der – eingeleiteten oder geplanten – Strukturreformen eingeklagt wird, aber auch auf europäischer Ebene, wo neben die Spar- und Stabilitätsagenda eine Wachstums- und Beschäftigungsagenda getreten ist.

Die Arbeitsgruppe wird sich den Fragen nach dem sozialen Europa in drei Schritten nähern:

Am Anfang wird die Frage stehen, welche Konturen eine europäische soziale Marktwirtschaft (ein Begriff, den sich Francois Hollande in seiner Rede am 22.1.13 zu Eigen gemacht hat) haben kann beziehungsweise haben sollte.

In einem zweiten Schritt werden Erfahrungen, Handlungsansätze und Forderungen in Frankreich und Deutschland vergleichend thematisiert:

- Braucht Frankreich eine „Agenda 2010“ nach deutschem Vorbild?
- Hat Deutschland trotz aller wirtschaftlichen Erfolge eine soziale Schieflage?

Diese Fragen werden exemplarisch an Themen wie Arbeitsmarkt, Mindestlohn oder Sozialstaatsreform behandelt werden.

Abschließend wird die Debatte sich auf die europäische Ebene richten:

- Braucht Europa mehr Solidarität?
- Welche Hebel hat die EU zur Verfügung, um die soziale Dimension der Union zu stärken?

Dabei wird insbesondere die Frage nach der Überwindung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Mitgliedstaaten als Fallbeispiel herangezogen werden.

Arbeitsgruppe 3: Regionale Identität, Bildung und Öffentlichkeit in der EU

Neuesten Umfragen zufolge sind die EU-Bürger zunehmend mit Europa unzufrieden. Bestärkt durch die langanhaltende Krisensituation fragen Europäer immer wieder nach der Sinnhaftigkeit der Integration. Der Philosoph Jürgen Habermas sieht die Europäische Union gar „vor der Entscheidung zwischen transnationaler Demokratie und postdemokratischem Exekutivföderalismus“. Gefordert sind daher mehr denn je vorausschauend und nachhaltig verhandelnde Politiker, die zusammen mit den Bürgern sinnvolle Lösungen für die multiplen Krisen der EU finden, um das Vertrauen in Europa zu stärken, denn nicht ohne Grund haben in den vergangenen Jahren anti-europäische Parteien in nahezu allen Mitgliedstaaten der EU an Einfluss gewonnen. Der Rückzug in nationales Denken gehorcht dabei nicht nur dem egoistischen Reflex, sich der Finanz- und Wirtschaftskrise so gut wie möglich entziehen zu wollen, sondern ist auch Ausdruck eines Unbehagens an der fortschreitenden Integration Europas. Diese Sorge um den Verlust von Eigenständigkeit, kultureller Identität und Traditionen muss ernst genommen werden. Gleichzeitig ist klar, dass die zukünftigen großen Aufgaben erhebliche Solidarität verlangen werden, die nur von den Bürgern getragen werden können, wenn sie sich selbst als Europäer betroffen fühlen.

Die Arbeitsgruppe wird folgende drei Themenschwerpunkte vertieft behandeln:

1. Europäische Öffentlichkeit

Die Rolle der Medien in den Mitgliedstaaten der EU verändert sich zunehmend. Immer mehr findet eine bewusste Verzahnung statt und Journalisten aus verschiedenen europäischen Ländern kommunizieren heutzutage direkt miteinander, mit der Folge einer Homogenisierung der Berichterstattung. Auch in den politischen Institutionen findet gezielt eine direkte Kommunikation statt. Eher uneffiziente „Umwege“ über Brüssel werden zunehmend weniger. Leitfragen sind:

- Welche Formen gemeinsamer oder geteilter Öffentlichkeit braucht ein noch tiefer integriertes Europa?
- Wie kann die Kenntnis der europäischen Partner untereinander noch verbessert werden?

2. Föderalismus in Bildungsfragen

Bildung bleibt bisher so gut wie ausschließlich eine nationale oder regionale Angelegenheit. Wenn in Zukunft mehr Solidarität zwischen den Europäern eingefordert wird, muss es auch im Bildungsbereich mehr Schnittmengen geben. Leitfragen zu diesem Thema sind:

- Gibt es einen gemeinsamen Bildungskanon in der EU und soll es diesen geben?
- Kann man tatsächlich von einer internationalen Harmonisierung nationaler Regelungen im Bologna-Prozess oder bei der Anerkennung von Abschlüssen sprechen?
- Welche Schwierigkeiten gibt es bei der Vereinheitlichung von Rechtsnormen?
- Welche Entwicklungstendenzen lassen sich erkennen?

3. Subsidiarität

Subsidiarität wird häufig als Argument zum Schutz von regionalen und/oder nationalen Identitäten ins Feld geführt. Föderale Strukturen werden in der Regel dann besser akzeptiert, wenn viele Zuständigkeiten auf regionaler oder auf kommunaler Ebene verbleiben. Leitfragen zu diesem Thema sind:

- Sollten gewisse Zuständigkeiten von Brüssel auf die Staaten und/oder Regionen rückübertragen werden?
- Was sind die Argumente von „nationalen“ Bewegungen und wie kann man ihnen begegnen?
- Wie kann die regionale Ebene gestärkt werden?

Arbeitsgruppe 4: *Wie sollte der „Europäische Konvent 2014 – 2020“ ausgestaltet werden?*

Wieder einmal wird durch eine Krise die Möglichkeit geschaffen, die Europäische Union in ein neues Entwicklungsstadium zu überführen. Das Ausmaß der Finanzkrise und die Gefangenschaft der politisch Verantwortlichen in selbstverursachten Alternativlosigkeiten haben die politischen Entscheidungsträger auf europäischer und auf mitgliedstaatlicher Ebene motiviert, den mächtigsten aller Entwicklungsprozesse auferstehen zu lassen: Den europäischen Konvent.

War dieser in den Jahren 2002/2003 ein großer demokratischer Fortschritt, da neben Regierungsvertretern auch Vertreter der Parlamente, der EU-Kommission und der Zivilgesellschaft beteiligt waren, wurden die Ergebnisse des Konvents von den Bürgerinnen und Bürgern doch abgelehnt, auch weil er weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt stattfand. Heute ist nach Art. 48 des Vertrags über die Europäische Union die Zusammensetzung des Konvents nach dem Vorbild von 2002 festgeschrieben, woraus sich die Frage ableitet, wie ein zukünftiger Konvent weiter demokratisiert und bürgernäher konzipiert werden könnte. Dabei wird, anders als in der Arbeitsgruppe 1, vor allem die Koordinierung auf zivilgesellschaftlicher Ebene und die Bemühungen um die Schaffung europaweiter Vernetzungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Blickpunkt stehen.

In der Arbeitsgruppe werden folgende Fragen behandelt:

- Wie muss der europäische Konvent konzipiert sein, um nachhaltige und breit legitimierte Entscheidungen hervorzubringen?
- Wie könnte eine Roadmap für die Einleitung eines demokratischen und bürgernahen Konventprozesses aussehen und welche institutionellen Schritte sind dafür notwendig?
- Lässt sich eine gemeinsame Strategie zivilgesellschaftlicher Akteure finden, um die Idee eines bürgernahen Konvents voranzubringen?

Hierfür kommen Experten, Aktivisten, Programmierer und Entscheidungsträger zusammen, um einen Fahrplan für einen demokratisch operierenden Konvent zu entwerfen. Dabei werden im Rahmen der Arbeitsgruppe auch partizipative Prozesse der kollektiven Entscheidungsfindung zur Anwendung kommen.